

KURZNOTIZ

Fastenpredigten
in St. Michael

GÖTTINGEN. Bei den Fastenpredigten in der katholischen Kirche St. Michael, Kurze Straße 13, sprechen im Jubiläumsjahr zur Reformation evangelische Gastredner. Am Sonntag, 12. März, predigt in der Messe um 11.30 Uhr der Theologieprofessor und ehemaliger Abt von Bursfelde, Joachim Ringleben, zum Thema „Von der Freiheit eines Christenmenschen“. Pastorin Luitgardis Parasio aus Langenholtensen ist am Sonntag, 19. März, zu Gast. Das Thema ihrer Predigt lautet „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“. Im Anschluss gibt es ein Fastenessen im Gemeindegarten von St. Michael. Der Erlös ist für die Partnerschaft mit der katholischen Gemeinde in Mémer in Burkina Faso bestimmt. Dort wird die Bildung von Grundschulern unterstützt. **bar**

GÖTTINGEN
TERMINE

Die Ortsfeuerwehr Weende sammelt am Sonnabend, 11. März, Altpapier im Ortsteil. Das gebündelte Altpapier wird ab 8 Uhr eingesammelt. **Ellen Richter** liest am Sonnabend, 11. März, ab 11 Uhr in der Reihe „Kommt, wir lesen euch vor“ aus „Björn, das Büffelschaf“ von Katharina Reschke mit Illustrationen von Günther Jakobs vor. Eltern und Kinder treffen sich in der Kinderbibliothek im ersten Obergeschoss der Stadtbibliothek Göttingen, Gotmarstraße 8. **Die Jugendfeuerwehr Grone** sammelt am Sonnabend, 11. März, im Ortsteil Grone Altpapier. Gesammelt wird in der Zeit von 8 bis 12 Uhr.

BEILAGEN

im Göttinger Tageblatt heute:
Betten Kraft (nur Abo)
Möbelschreinerei
Mario Engelhardt (Teilbeilage)

WIR BITTEN UM FREUNDLICHE BEACHTUNG

12823301_001817

Göttinger Tageblatt

CHEFREDAKTION
Chefredakteur Dr. Uwe Graells
Stellv. Chefredakteur Christoph Oppermann
Chefredakteur Markus Scharf

LOKALES Andreas Fuhrmann

THEMA DES TAGES Britta Bielefeld

KULTUR UND CAMPUS Angela Brünjes

SPORT Mark Bambeby

WIRTSCHAFT Bernard Marks

NEWSDESK Marie-Luise Rudolph
Katharina Klocke (Stellv.)

ONLINE Axel Wagner

BEILAGEN Friedrich Schmidt

Das Tageblatt erscheint in Zusammenarbeit mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland

Chefredakteur: Wolfgang Büchner

Mitglieder der Chefredaktion: Rüdiger Ditz, Marco Fenske, Matthias Koch

Newsroom-Leitung: Stefanie Gollisch, Jörg Kallmeyer

Nachrichtengeneratoren: dpa, apf, rtr, sid, apt

30559 Hannover, August-Madsack-Str. 1

ANZEIGENLEITUNG Heiko Weiland (verantwort.)

VERLAG, REDAKTION UND DRUCK

Göttinger Tageblatt GmbH & Co. KG

Briefanschrift: 37070 Göttingen

Hausanschrift: Dransfelder Straße 1, 37079 Göttingen

Geschäftsstelle in der Stadtmitte: Weender Straße 44

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 9.00–18.30 Uhr, Sa. 9–18.00 Uhr

TELEFON (0551) 9011

Verlag und Redaktion 9019

Telefonische Anzeigenannahme 9019

Vertriebservice 901-800

TELEFAX 901-720

Redaktion 901-309

Vertrieb 901-291

Anzeigen 901-291

Geschäftsstelle: Weender Straße 44

Technik 901-210

ONLINE goettinger-tageblatt.de

TWITTER twitter.com/goettagblatt

FACEBOOK facebook.com/goettingertageblatt

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung: 34,90 Euro (einschl. Zustellkosten und 7% = 2,28 Euro MwSt.) oder durch die Post: 36,30 Euro (einschl. Portoanteil und 7% = 2,37 Euro MwSt.), als E-Paper: 24,90 Euro (einschl. 19% = 3,98 Euro MwSt.). Abholer zahlen 31,40 Euro (einschl. 7% = 2,09 Euro MwSt.). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper und dem Online-Zugang zu den bezahlpflichtigen Inhalten auf www.goettinger-tageblatt.de: 2,00 Euro (einschl. 19% = 0,32 Euro MwSt.). Abbestellungen schriftlich beim Verlag 6 Wochen zum Quartalsende. Im Fall höherer Gewalt und bei Störungen des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Erfüllungsort und Gerichtsstand Hannover.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 9 vom 1. Januar 2017.



Gesprächsrunde im Deutschen Theater: Christine Krumm, Angela Brünjes, Susanne Stobbe, Mareike Mecke und Agnieszka Zimowska (von links).

FOTO: R

„Es hat sich definitiv etwas verändert“

Rats- und Kreistagspolitikerinnen sowie Vertreterinnen des Frauenforums diskutieren über Gleichstellung

VON ALISA ALTROCK

GÖTTINGEN. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – dieser Satz steht seit 1949 im Grundgesetz. Doch inwiefern entspricht das auch der Realität? Politikerinnen und Vertreterinnen des Göttinger Frauenforums sprachen am Mittwoch im Deutschen Theater über Gleichstellung in ihren Tätigkeitsfeldern.

„Anspruch trifft Wirklichkeit – Kommunalpolitik trifft Frauenforum“ war der Titel der Veranstaltung des Göttinger Frauenforums mit rund 40 Gästen. Tageblatt-Redakteurin Angela Brünjes moderierte die Gesprächsrunde am Internationalen Frauentag.

„Werden Frauen auf bestimmte Aufgaben festgelegt, weil sie Frauen sind?“, fragte Brünjes die Kreistagsabgeordnete Margrit Wolter (SPD).

„Ich wurde sehr wohlwollend empfangen und durfte selbst wählen, in welchen Bereichen ich arbeiten wollte“, antwortete Wolter. Sie hob hervor, wie wichtig es für Frauen in der Politik sei, sich zu vernetzen.

Das Mentoring-Programm für Politikeinsteigerinnen sei ihnen eine große Hilfe gewesen, waren sich Mareike Mecke (CDU) und Susanne Stobbe (Grüne) einig. Ihr habe es

gen Frauen, zu wecken. „Mir wird oft vorgeworfen, dass ich meinen Kindern als junge Politikerin nicht gerecht werden kann“, bemängelte die dreifache Mutter Mecke. Viele Mütter aus ihrem Bekanntenkreis schreckte diese Kritik ab, politisch aktiv zu werden.

„Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist eines der Themen, die die großen Organisationen immer noch sehr beschäftigt“, erzählte Agnieszka Zimowska, Gewerkschaftssekretärin des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB).

Die Politik müsse vor allem für gleiche Entgelte sorgen, forderte Christine Krumm vom Göttinger Verein Business und Professional Women (BPW). Sie habe die Hoffnung, dass Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten „andere Frauen nachziehen“.

Trotz aller Kritik habe es in den vergangenen Jahren positive Veränderungen gegeben, betonte Maren Kolshorn



➔ Gleichstellung ist immer noch ein viel diskutiertes Thema

vor allem dabei geholfen, ein Netzwerk aufzubauen, sagte Mecke. Ihr zufolge wird zu wenig getan, um politisches Interesse, besonders bei jun-

vom Frauennotruf Göttingen. „In Göttingen gibt es eine gute Tradition des Gesprächs“, sagte sie und ergänzte: „Wir als Einrichtung sind schon früh auf die Politik zugegangen, und es hat sich definitiv etwas verändert.“ Als Beispiel nannte sie die Gesetzesänderung zur sexuellen Belästigung. Trotzdem gebe es „viele Sachen, an denen noch gearbeitet werden muss“.

CDU besteht auf 10 000 Euro

Mehr Geld fürs Familienzentrum Nikolausberg

NIKOLAUSBERG. Die CDU im Rat der Stadt will trotz der Ablehnung einer verstärkten Zuschussung durch Rot-Grün ihre Bestrebungen fortsetzen, den Beitrag der Stadt von jährlich 5000 auf 10 000 Euro zu verdoppeln. Die Christdemokraten fordern dafür einen festen Titel im Haushalt.

Derzeit sei die Kirchengemeinde in Nikolausberg gezwungen, jedes Jahr die fehlenden 5000 Euro durch Spenden aufzubringen, erklärt CDU-Frau Wibke Güntzler. 10 000 Euro sei das Minimum, um weiterhin die Stelle einer Koordinatorin mit vier Stunden pro Woche finanzieren und weitere Projektangebote entwickeln zu können, habe sie in Gesprächen mit dem Familienzentrum erfahren. Güntzler verweist außerdem auf den Beschluss des Ortsrats Niko-

lausberg für eine Aufstockung des städtischen Beitrags. SPD und Grüne lehnen einen dauerhaften Zuschuss in Höhe von jährlich 10 000 Euro ab, weil sie den städtischen Haushalt damit nicht belasten wollen. Sie sehen stattdessen die Evangelische Landeskirche in der Pflicht, das Projekt weiterhin zu finanzieren. Die Landeskirche hatte das Projekt anfangs finanziell unterstützt, damals allerdings klargestellt, sich nicht dauerhaft an der Finanzierung zu beteiligen. Im Jahr 2015 stellte sie ihre Zuwendungen ein.

Das an die evangelische Kindertagesstätte angeschlossene Familienzentrum Nikolausberg besteht seit 2009. Es bietet pro Halbjahr etwa 40 Veranstaltungen für Familien an. **hein**

Fahrräder statt Autos

Rote Straße: Weitere Parkplätze gestrichen

GÖTTINGEN. SPD und Grüne haben sich im Bauausschuss mit dem Vorschlag durchgesetzt, bei der Neugestaltung der Roten Straße noch mehr Parkplätze als bisher geplant wegzulassen. CDU und FDP sprachen sich strikt dagegen aus.

SPD und Grüne wollen im Westteil der Roten Straße drei Autostellplätze in Fahrradstellplätze umwandeln.

Außerdem sollen zwei Stellplätze für stationäres Carsharing reserviert und Bewohnerparken an der Schleife Lange-Geismar-Straße, Kurze-Geismar-Straße und Rote Straße eingerichtet werden.

Die Stadtverwaltung steht der Umwandlung in Fahrradstellplätze positiv gegenüber. Carsharing-Plätze gebe es in der Stadt hingegen genug. Die Einrichtung von Bewohnerparkplätzen in der Schlei-

fe Lange-Geismar-Straße, Kurze-Geismar-Straße und Rote Straße sei zwar rechtlich möglich, hätte jedoch einen Parkgebühren-Einnahmeausfall in Höhe von jährlich 130 000 bis 200 000 Euro zur Folge.

Für die CDU kritisierte der Bauausschuss-Vorsitzende Hans-Otto Arnold, die ursprünglich 24 Parkplätze seien erst auf 17 und jetzt auf 14 reduziert worden. Das sei „eine Ohrfeige für Gewerbetreibende“. Ähnlich äußerten sich City-Managerin Frederike Breyer und Felicitas Oldenburg (FDP), die „kleinteilige Vorschrittelei“ kritisierte. Ulrich Holefleisch (Grüne) verwies hingegen auf Abgas-Probleme in der Innenstadt und den schädlichen Effekt des Parkplatzsuchverkehrs auf das Erlebnis Einkaufen. **hein**

Piraten sehen Verengung als Verschwendung

GÖTTINGEN. Als Verschwendung von Steuergeldern kritisieren die Piraten und die Partei „Die Partei“ Pläne für eine Verkehrsberuhigung im Akazienweg in der Göttinger Südstadt. Die Verwaltung will dort für 10 000 Euro unter anderem die Straße verengen, um Autofahrer auszubremsen. Der Bauausschuss des Rates hat bereits zugestimmt. Immer wieder hatten in Vorfeld Anlieger darüber geklagt, dass Autofahrer die verkehrsberuhigte Siedlung als Umleitung zur Reinhäuser Landstraße nutzen. Um das zu ändern, will die Verwaltung Markierungen auf die Fahrbahn bringen und zwischen zwei Eingängen zu einer Kleingartenkolonie eine Straßverengung bauen. Die „Piraten und Partei“-Ratsgruppe bezweifelt, dass diese Barriere und ein „kleiner Kurvenschlenker mehr“ viel ändern werde. Mit dem Geld sollten eher desolate Radwege in der Stadt saniert werden. **us**